

Daniel Mullis

Das Ende der Postdemokratie, den Pessimismus überwinden

In Europa haben die letzten Jahre Spuren hinterlassen: Austeritätsprogramme, die Krisenproteste, der Ukraine Konflikt, der Sommer der Migration und rassistische Abschottung, der islamistische und rechts-extreme Terror, der Aufstieg von Trump und Erdogan und nicht zuletzt auch die Erfolge von rechtsextremen Parteien. Spuren, die die Leipziger „Mitte“-Studie für Deutschland nachzeichnet. Insgesamt, so betonen Decker u.a. (2016: 95ff.), sei das Jahrzehnt zwischen 2006 und 2016 ein „Jahrzehnt der Politisierung“ und der gesellschaftlichen Polarisierung gewesen. In den kritischen Sozialwissenschaften besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass die Transformation zu tiefen Verunsicherungen, zu sozialer Ungleichheit und ungleichen Mustern der demokratischen Beteiligung geführt hat. Betont wird die Erosion des Glaubens an die Erzählung von kollektivem Aufstieg, Fortschritt und demokratischer Beteiligung; diagnostiziert wird eine tiefe Krise der Hegemonie des Neoliberalismus sowie der repräsentativen Demokratie (u.a. Crouch 2008; Nachtwey 2016; Prokla-Redaktion 2016; Die große Regression 2017).

Diese Analysen helfen, Gesellschaftsdynamiken zu begreifen, führen aber oft aus zwei Gründen zu einem politischen Pessimismus, der problematisch ist: zum einen aufgrund des bemühten Bildes der Regression und zum zweiten, weil ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Abstieg und dem

Aufstieg der Rechten hergestellt wird. Die aktuellen Ereignisse sollten jedoch weniger als Regression und Niederlage der Linken denn als ein Moment der Bewegung und Rückkehr von Kämpfen verstanden werden. Ausgehend von Jacques Rancière wird im Folgenden dafür plädiert, die Ereignisse als *Ende der Postdemokratie* bzw. *Rückkehr der Politik* zu bewerten. Dies heißt nicht, dass emanzipatorische Bewegungen erfolgreich sind oder sein werden; es bedeutet aber, dass auch ein Möglichkeitsfenster für linke Praxis geöffnet ist. Insgesamt setzt dieser „Einspruch“ die von der PROKLA-Redaktion Ende 2016 angestoßene Debatte fort, ist aber auch als Replik auf *Die große Regression* (2017) zu lesen.

Über Postdemokratie wurde bereits viel geschrieben. Der Befund: Demokratische Aushandlungsmöglichkeiten werden kleiner, gesellschaftliche Veränderung durchzusetzen erschwert und Entscheidungsprozesse refeudalisiert. Viele dieser Argumente, die Colin Crouch (2008) prominent formulierte, sind weiterhin richtig; jedoch sind heute deutliche politische Zuspitzungen festzustellen, die dem gezeichneten Bild widersprechen. Hinzu kommt, dass gerade unterhalb der institutionalisierten Ebene von Politik, Handlungsmöglichkeiten auszumachen sind, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren.

Werden die zeitdiagnostischen Überlegungen von Rancière (1997) zur Postdemokratie, die er Mitte der 1990er einführte (vgl.

Mullis/Schipper 2013: 81ff.), neu bewertet, kann die aktuelle Dynamik gefasst werden: Für Rancière war Postdemokratie vor allem das Mantra der Alternativlosigkeit zur neoliberalen Zurichtung der Gesellschaft. Beklagt wird die Abwesenheit von Politik. Mit seiner Konzeption von Politik lassen sich heute die Ereignisse deshalb anders bewerten: Politik ist für ihn eine Praxis der Anfechtung von Ordnung und die „Ausdehnung des Dissensraums“ (Rancière 2011: 10), wenn ein Kollektivsubjekt den „Anteil der Anteillosen“ einfordert (Rancière 1995: 27) und versucht, eine neue Ordnung zu etablieren. Angesichts der Zunahme politischer Auseinandersetzungen, die die PROKLA-Redaktion (2016: 535ff.) im Anschluss an Gramsci selbst betont, ist aus heutiger Sicht mit Rancière entgegen seiner früheren Analyse festzuhalten: *Das Mantra der Alternativlosigkeit trägt nicht mehr, Politik ist zurück und die Logik der Postdemokratie hat Risse.*

Diese Schlussfolgerung bedeutet nicht, dass die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen flexibler geworden sind. Viel zu oft agieren staatliche und wirtschaftliche Autoritäten so, als gibt es den Widerspruch und alternative Gesellschaftsmodelle nicht; und sie sind durchaus in der Lage, ihre neoliberalen Vorstellungen und Wirtschaftsinteressen durchzusetzen – auch mittels Zwang und Gewalt. Das Ende der Postdemokratie zu betonen ist keine Aussage über den Ausgang der gesellschaftlichen Kämpfe, keine optimistische Zeitdiagnose. Sie verändert aber die Perspektive in einer produktiven Weise. Sie erlaubt, Bewegung zu betonen und Möglichkeitsfenster zu erkennen. Sie erlaubt zu erkennen, dass neben dem Autoritarismus und der konservativen Regression auch emanzipatorische Kämpfe geführt werden. Diese Überlegungen gilt es zu konkretisieren.

Heinrich Geiselberger (2017: 9) bringt im Vorwort zu *Die große Regression* die

These auf den Punkt, wenn er herausstellt, dass heute in „unterschiedlichen Bereichen Sperrklinkeneffekte außer Kraft gesetzt scheinen und wir Zeugen eines Zurückfallens hinter ein für unhintergebar erachtetes Niveau der ‚Zivilisiertheit‘ werden“. Dieses problematische Bild legt eine Linearität von Geschichte nahe, die sich normalerweise vorwärts bewegt, nun aber den Rückwärtsgang eingelegt hat. Gesellschaftliche Prozesse waren noch nie linear und immer schon von raum-zeitlicher Ungleichheit geprägt. Hinzu kommt, dass für viele der Vorwärtsgang nie bzw. schon lange nicht mehr zu spüren war. Auch im Text der PROKLA-Redaktion (2016) schwingt das Regressionsargument mit: Erst wird pauschal von der Niederlage der subalternen Klassen gesprochen (ebd.: 522, 530), dann die handelnden Subjekte tendenziell auf die herrschende Klasse und ihre organischen Intellektuellen reduziert (ebd.: 527, 535ff.), um danach Analogien zum Aufstieg des Faschismus sowie Kriegsgefahr zu ziehen (ebd.: 529ff.). Linke Handlungsoptionen eröffne vor allem das Reformprogramm der Partei DIE LINKE (ebd.: 539f.). Die Positionen der PROKLA-Redaktion und viele Texte des Bandes *Die große Regression* verbindet das düstere Szenario. Die Analysen tendieren dazu, eine große Persistenz der etablierten Herrschaftsstrukturen festzustellen und – ausgehend davon – den Aufstieg der Rechten zu betonen. Damit werden Möglichkeiten für emanzipatorischen Wandel eher geschlossen. Dies liegt daran, dass die Kritik auf die dominante Ordnung fokussiert und damit das Nicht-Intendierte, die Bewegungen außerhalb des untersuchten Terrains sowie die subversiven Momente ausblendet.

Dem entgegen erlaubt die These vom Ende der Postdemokratie, den Fokus zu erweitern und zu erkennen, dass die beschriebenen regressiven Prozesse real und

bedrohlich sind, aber längst nicht alle zeitgenössischen Dynamiken sind. Donatella della Porta (2017: 67) hält zu Recht fest, dass die „progressive Seite“ aktueller Bewegungen zwar weniger sichtbar ist, sich aber „bester Gesundheit“ erfreut. Die Analyse jüngerer linker Kämpfe in Europa verdeutlicht, dass eine Ausweitung politischer Praktiken stattgefunden hat und linke Positionen in ganz unterschiedlichen Feldern vernommen werden:

Die Bewegung der Plätze und die europäischen Krisenproteste haben die Themen demokratische Teilhabe und soziale Exklusion ins öffentliche Bewusstsein gerufen; die anhaltenden Proteste gegen Klimawandel und Umweltzerstörung stellen klar, dass das Pariser Klimaabkommen nur ein Papier ist und weitere Schritte notwendig sind; Kämpfe der LGBTQ-Bewegung sowie von Feminist_innen haben tief greifende Transformationsprozesse ermöglicht; Arbeitskämpfe mit und ohne Beteiligung von Gewerkschaften vermögen immer wieder Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Arbeitszeiten, Leiharbeit, Lohnzahlungen und manchmal gar Besitzverhältnisse zu politisieren; Auseinandersetzungen um die Rückkehr der Wohnungsfrage, die insbesondere von Recht-auf-Stadt-Gruppen befördert wurden, dominieren mittlerweile selbst die institutionelle Politik; bei den jüngsten Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg ließen sich beinahe 80.000 Menschen nicht von den Bildern der Gewalt abschrecken und gingen gegen autoritäre Regime und Kapitalismus auf die Straße.

In den letzten Jahren wurden dank der Massenmobilisierungen und der Krisenproteste Erfahrungen gesammelt. Abseits der etablierten Politik sind neue Bündnisse sowie Vertrauensverhältnisse entstanden, die trotz Niederlagen auf der Ebene der alltäglichen Kämpfe weiter existieren: Offensichtlich ist dies in Spanien

oder Griechenland (vgl. Huke 2016; Mullis 2017), aber auch in Deutschland sind sie existent. So wenden sich etwa in Frankfurt am Main ausgehend von den Erfahrungen der Krisenproteste in Südeuropa und Blockupy viele Gruppen der lokalen Stadtteilarbeit zu und versuchen, gesellschaftliche Konflikte solidarisch anzugehen. Auch wenn aus all dem nicht zwingend Wahlerfolge hervorgehen bzw. dann, wenn sie erfolgten – wie etwa in Griechenland –, die Parteien mit ihrem Ansinnen scheiterten, gilt, dass diese Kämpfe stattfinden. Einseitig auf die ausbleibende institutionelle Durchsetzung zu fokussieren, macht einen großen Teil emanzipatorischer Bewegung unsichtbar. Mehr noch: indem die Niederlagen betont werden, werden diese Kämpfe faktisch bedeutungslos. Was letztlich erstaunt, zumal selbst wenn Institutionalisierung als Referenz angelegt wird, die Wahlergebnisse von Bernie Sanders, Jean-Luc Mélenchon oder Jeremy Corbyn zeigen, dass linke Positionen keineswegs so marginal sind, dass eine umfassende Regression konstatiert werden müsste. Volker Weiß (2017: 262) bringt hier eine wichtige Differenzierung ins Spiel und stärkt das Argument der Polarisierung, wenn er darauf verweist, dass wir heute primär mit einer „autoritären Regression des Konservativen“ konfrontiert sind, nicht mit einer allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsverschiebung.

Indem starre Strukturen betont werden, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung im Rückwärtsgang befindet, werden linke Kämpfe unsichtbar, was als performativer Akt Spuren hinterlässt und zu einer Selbstentmachtung führt. Dem entgegen ist es notwendig, offensiv linke Positionen zu artikulieren, eigene Projekte selbstbewusst zu formulieren und vor allem positive Perspektiven zu schaffen. Gesellschaftliche Kämpfe werden nicht durch Dekonstruktion und

Kritik gewonnen, sondern dank vermittelbarer Visionen eines Lebens in Würde, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Linke Praxis bedarf der konkreten Utopie.

Wichtige Impulse für eine solche Perspektive kann Henri Lefebvre geben. Er betonte: „In jedem Konkreten gilt es die Negation, den inneren Widerspruch, die immanente Bewegung, das Positive und das Negative aufzuspüren“ (Lefebvre 1939: 31). Er versucht mit seinen materialistischen Arbeiten, Fantasie freizusetzen und das vermeintlich Unmögliche zu ermöglichen. Es geht ihm darum, offenzulegen, dass das, was als unmöglich, als alternativlos charakterisiert wird, in und durch konkrete Praxis veränderbar ist (Lefebvre 1968: 164). Lefebvre war allerdings kein naiver Idealist. Ihm war durchaus bewusst, dass das Mögliche nur aus den bestehenden Gegebenheiten entwickelt werden kann, Utopien also eine konkrete Anbindung an die gesellschaftlichen Bedingungen haben müssen (ebd.: 156). Jedoch war ihm auch bewusst, dass das *Recht auf die Stadt* (ebd.) oder die *Autogestion* (Lefebvre 1966) – beides war ihm wichtig – nicht ohne utopischen Überschuss möglich ist.

In den aktuellen Debatten, die von „Regression“ und „Niederlage“ geprägt sind, spielen zwei Elemente eine zentrale Rolle: einerseits der sozioökonomische Abstieg und der damit oftmals direkt verbundene Aufstieg der Rechten. Letzterer ist in Europa gekennzeichnet durch die Verfestigung autoritärer „Demokratien“ etwa in Polen, der Türkei oder Ungarn, aber auch im starken Abschneiden rechtsextremer Parteien bei vielen Nationalwahlen. In Deutschland stehen für diesen Trend die rechte Massenbewegung Pegida, die Etablierung der AfD, die Verschärfung der Rhetorik sowie die Gesetze und Praktiken gegen Migrant_innen und Flüchtlinge, aber auch hunderte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und

deren Bewohner_innen. Für den sozioökonomischen Abstieg steht im Wesentlichen die Erfahrung, dass Wohlstand kein Effekt von Arbeit mehr ist und die Sicherung der materiellen Grundlage des eigenen Lebens prekär wird. In den Worten von Oliver Nachtwey (2006: 166): „Für viele verstärkt sich der Eindruck: Man gibt permanent Gas, aber die Reifen drehen durch, denn die Handbremse lässt sich nicht lösen – zurück bleibt ein Gefühl des ‚rasenden Stillstandes‘“

Nicht nur der zitierte Nachtwey (2016), sondern auch Didier Eribon (2009) ist wesentlicher Stichwortgeber in den Debatten über den genannten Zusammenhang. Sie argumentieren zwar vorsichtig und legen die Prozesse differenziert dar. In der Debatte ist aber eine Position entstanden, die den Aufstieg der Rechten primär als Effekt der sozioökonomischen Ungleichheit und Armut versteht. Die PROKLA-Redaktion (2016: 527) spitzt diese Sichtweise unter umgekehrten Vorzeichen zu, wenn sie die „Rechtentwicklung“ als „Ausdruck einer Spaltung innerhalb der kapitalistischen Machtblöcke“ darstellt und somit primär angetrieben von den Interessen der herrschenden Klassen. Diese Interpretation wurde bereits in der PROKLA 186 mit wichtigen Argumenten kritisiert.

Im Anschluss an u.a. diese Überlegungen werden hier die politischen Implikationen der Analyse aufgegriffen. Aus den Arbeiten von Nachtwey und Eribon wird das Plädoyer für eine neue Klassenpolitik abgeleitet. Auch an diesen Debatten ist sehr vieles richtig – insbesondere das Plädoyer für eine Reartikulation der sozialen Frage. Dennoch, vor dem Hintergrund Rancières Überlegungen zur Politik kann auf zwei Fallstricke hingewiesen werden.

Der erste Fallstrick ist, dass der Fokus auf Verarmungsprozesse an wesentlichen Dynamiken der Entwicklung vorbei geht.

Die „Mitte“-Studie zeigt, dass rechtes Gedankengut nicht nur bei Prekarisierten und von Armut Betroffenen vorzufinden ist. Weniger der soziale Status weist einen klaren Zusammenhang zu rechtsextremen Gedankengut auf, vielmehr die erwartete Entwicklung der eigenen Lage. Sprich, der relevante Faktor ist nicht die Klassenlage, sondern vielmehr die Angst vor sozialem Abstieg (Decker u.a. 2016: 53ff.) – und diese Angst ist nur bedingt klassegebunden. Insgesamt, so zeigt die „Mitte“-Studie, ist die Rechte in sämtlichen Gesellschaftsschichten gut verankert und Rechtsextremismus keinesfalls als Problem von Armut zu begreifen.

Darüberhinaus verkennen derartige Erklärung den politischen Charakter des rechten Aufstieges. Es ist wichtig, rassistische, sexistische, autoritäre, chauvinistische und menschenfeindliche Positionen als politische Formationen zu verstehen, die offensichtlich einen Zusammenhang mit Klassenlagen haben, sich aber nur bedingt aus ökonomischen Interessen ableiten lassen. In diese Richtung argumentieren Paul Mason (2017) und Martin Kronauer (2017). Für die politische Formation, so beide, spielen eine Rolle: Kultur, die Sorge um Identitätsverluste, den Verlust von sozialer und kultureller Teilhabe sowie die Anschlussfähigkeit der neoliberalen Marktdoktrin an die Hoffnung, dass „gute Arbeit“ zu Wohlstand führt. Daraus folgt, dass diese Formationen auf dem Terrain des Politischen angegangen werden müssen. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass allein mittels einer sozialen Umgestaltung der Arbeitswelt, der Lohnverteilung und der Existenzsicherung – also klassischen Klassenpolitiken – dem Problem des Aufstiegs der Rechten erfolgreich beizukommen wäre.

Der zweite Fallstrick ist die Prämisse, dass die Linke den Kontakt zu den subalternen Schichten verloren und sich auf

„kulturellen“ Erfolgen für das linksliberal-kosmopolitische Milieu ausgeruht habe. Die Linke gibt sich eine Mitschuld am Aufstieg der Rechten, was nur mit neuen Prioritäten wettgemacht werden könne. Dass die Linke eine Mitschuld trägt, ist plausibel, aber anders, als die Debatte suggeriert. Eribons Frage, „wie aus Linken Rechte werden“, ist zeitdiagnostisch relevant. Nicht angesprochen wird die wichtigere Frage, wie es sein kann, dass Rassismus und Nationalismus nach Jahren der KPF-Dominanz noch immer so anschlussfähig sind? Die Antwort bleibt aus. Deutlich wird aber, dass Klassenpolitik allein keine Antwort liefert. Klassenpolitik, gerade wenn sie von Parteien betrieben wird, steht sogar im Verdacht, weiße, männliche und wahlberechtigte Arbeiter der Mittelschicht zu bevorzugen. Ausländer_innen, Illegalisierte und Jugendliche dürfen nicht wählen und Wahlen werden deshalb nicht mit der Mobilisierung der subalternen Schichten gewonnen. Klassenpolitik vermag also die Widersprüche, entlang derer die Rechte die Gesellschaft spaltet, nicht grundsätzlich aufzuheben.

Es wird wieder einmal ein Subjekt der Emanzipation gesucht, anstatt die Vielfalt der Kämpfe als Teil der Emanzipation anzuerkennen. Indem die vielfältigen gesellschaftlichen Konfliktlinien letztlich unter die Klasse subsumiert werden, werden andere Konfliktlinien marginalisiert. Elementare Erfolge linker Politik im Bereich der Gleichstellung, Antirassismus, Antinationalismus und Grundrechte werden zu Nebenschauplätzen degradiert. Emanzipationsbestrebungen sollten aber keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr, so ist mit Rancière zu argumentieren, ist Emanzipation gerade die Verknüpfung dieser divergenten, gleichwertigen Kämpfe. Für ihn ist klar, dass „die Wege der Emanzipation nicht als die große Erhebung eines

Kollektivkörpers“ unter der Prämisse des Klassenkampfes zu denken sind, „sondern als die Vervielfältigung von Erfahrungsformen, die eine andere Gemeinschaft errichten können“ (Rancière 2014: 202).

Was bedeutet das Ende der Postdemokratie für eine linke Politik? Zunächst: Die Situation ist deutlich offener als vielfach angenommen. Slavoj Žižek (2017: 306) unterstreicht in diesem Sinne, dass der Fokus auf das eigentliche Problem verlagert werden müsse: „die Schwäche der gemäßigten ‚rationalen‘ Position selbst.“ Dies berge eine große Chance für linke Politik und so sei jetzt „die Zeit, hart zu arbeiten“ (ebd.: 312). Es gilt Konflikte aufzugreifen und sichtbar zu machen, emanzipatorische Bestrebungen auf allen Ebenen zu unterstützen, zu vertiefen und zu verknüpfen. Was dies heißen kann, zeigen etwa die Bewegungen der Plätze. Aus ihnen ist nicht nur ein wuchtiges Nein gegen die Austerität entstanden, sondern auch eine kollektive Perspektive, ein gemeinsames Ja, gemeinsame Träume und Wünsche. Aber auch die jüngsten Initiativen der solidarischen Stadtteilgruppen, die in vielen Stadtteilen in deutschen Städten entstanden sind und entstehen, bieten eine Perspektive, um sozioökonomische Lage, Verdrängung oder die Frage nach kulturellen Freiräumen gemeinsam zu artikulieren. Ähnliche Versuche sind in der Gewerkschaftsarbeit festzustellen, die mittels Organizing auf Beteiligung und eine Politik von unten setzen, oder bei der Partei DIE LINKE, wenn sie dazu übergeht, über direkte Ansprache von Menschen an ihren Haustüren Strategien gegen die Spaltung auszuloten.

In diesen Projekten werden Verknüpfungen nicht um ihrer selbst willen hergestellt, sondern weil die politische Praxis es anmahnt. Der relevante Punkt in all diesen Praktiken ist, dass Emanzipation als ein Konzept des solidarischen Kampfes

gedacht wird, dessen Ausgangspunkt konkrete Bedürfnisse und Erfahrungen sind. Im Austausch sollen gemeinsame Wege gefunden werden. In seinen Arbeiten zum Alltagsleben betont Lefebvre (2014), dass eine konkrete Form der Gesellschaft nur solange existiert, wie sie in der alltäglichen Praxis wiederholt wird. Wird also an genügend Punkten eine Alternative gelebt, ist dies an sich ein Angriff auf die Ordnung und eine Initiative, gemeinsam im Hier und Jetzt an einer anderen Welt zu arbeiten.

Für linke Bewegungen ist unerlässlich, ein Positives zu formulieren. Tony Judt (2011: 416f.) macht hierzu eine wichtige Beobachtung. Er weist darauf, dass die Linke aus Ermangelung einer konkreten Vision sich in die Ecke der politischen Konservativen und Neinsager_innen hat drängen lassen. Während, so ist heute anzufügen, es gleichzeitig der Rechten gelingt, sich als jene Kraft zu stilisieren, die eine Alternative formuliert. Dies gilt es dringend zu durchbrechen. Dafür gilt es aus Erfahrungen zu lernen, solidarisch Politik zu machen und in konkreter Praxis ein Positives entstehen zu lassen, woraus Verbindung entsteht. Aus Kritik und dem Bedauern der großen Regression allein wird keine konkrete Utopie gesponnen.

Literatur

- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.
- Decker, Oliver u.a. (Hg.) (2016): *Die enthemmte Mitte*. Gießen.
- della Porta, Donatella (2017): Progressive und regressive Politik im späten Neoliberalismus. In: *Die große Regression*. Berlin: 57-76.
- Eribon, Didier (2009): *Rückkehr nach Reims*. Berlin 2016.
- Geiselberger, Heinrich (2017): Vorwort. In: *Die große Regression*. Berlin: 7-15.
- Huke, Nikolai (2016): *Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen*. Münster.

- Judt, Tony (2011): *Das vergessene 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.
- Kronauer, Martin (2017): Ausnahmezustand? Weitermachen, wie bisher, geht nicht mehr. In: *PROKLA* 47(1): 117-122.
- Lefebvre, Henri (1939): *Der dialektische Materialismus*. Frankfurt/M 1969.
- (1966): Theoretical Problems of Autogestion. In: Brenner, Neil/Elden Stuart (Hg.) (2009): *State, Space, World*. Minneapolis: 138-152.
 - (1968): The Right to the City. In: Kofman, Eleonore/Lebas, Elizabeth (Hg.) (1996): *Writings on cities*. Cambridge: 63-181.
 - (2014): *Critique of Everyday Life*. Vol. 1-3. New York-London.
- Mason, Paul (2017): Keine Angst vor der Freiheit. In: *Die große Regression*. Berlin: 149-174.
- Mullis, Daniel (2017): *Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment*. Münster i.E.
- /Schipper, Sebastian (2013): Die postdemokratische und postpolitische Stadt in der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung. In: *sub|urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1(2): 79-100.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin.
- Prokla-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: *PROKLA* 46(4): 507-542.
- Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie. In: Riha, Rado (Hg.): *Politik der Wahrheit*. Wien: 94-122.
- (1995): *Das Unvernehmen*. Frankfurt/M 2002.
 - (2011): *Moments politiques*. Zürich.
 - (2014): *Erfindung des Möglichen*. Wien.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte*. Stuttgart.
- Žižek, Slavoj (2017): Die populistische Versuchung. In: *Die große Regression*. Berlin: 293-313.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Daniel Hackbarth arbeitet an einer engführenden Lektüre Althusser's – insbesondere auch seiner kontroversen „selbstkritischen“ Phase – sowie des frühen Max Horkheimers und weist damit auf nur selten registrierte theoretische Übereinstimmungen zwischen den beiden Autoren hin. Dies wird anhand der Frage nach einem der Gegenwart adäquaten Materialismus-Begriff herausgearbeitet und diskutiert.

Daniel Hackbarth

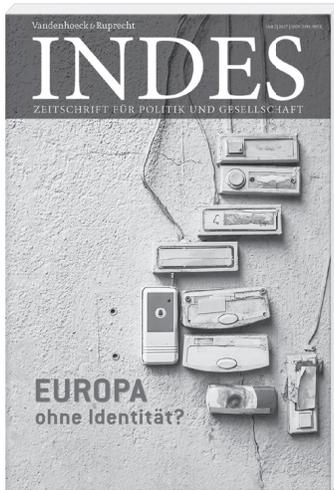
„denken entlang der Politik“

Zum Begriff des Materialismus bei Max Horkheimer und Louis Althusser

2015 - 321 Seiten - 36,90 €
ISBN: 978-3-89691-727-0



Kann es es eine europäische Identität jenseits der nationalen Identitäten geben?



Franz Walter (Hg.)

Europa ohne Identität?

Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft
Heft 2-2017

2017. 156 Seiten, Paperback

€ 20,- D

ISBN 978-3-525-80021-8

INDES 2/2017 diskutiert, was »Europa« ausmacht, und ob es gemeinsame Traditionen, Werte und Erzählungen gibt – aber auch, wo andererseits die Defizite Europas liegen und ob sich diese korrigieren lassen?

Statt auf eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit in der EU setzen viele Mitgliedsstaaten seit einiger Zeit auf Renationalisierung. Nicht zuletzt auch, weil sie sich damit und mit der Kritik an Europa im Bund mit Großteilen ihrer Bevölkerungen wännen. Was macht »Europa« aus? Gibt es eine europäische Idee und mithin: eine europäische Identität? Wie entstehen überhaupt Identifikationen mit Räumen und politischen Gebietseinheiten? Wieso fühlen sich zahlreiche Menschen als Franzosen, Deutsche, Italiener? Damit zusammenhängend erörtert INDES, woran es Europa mangelt, wo seine Defizite liegen – und ob und inwiefern sich diese korrigieren lassen?



V&R Academic
Verlagsgruppe Vandenhoeck & Ruprecht | V&R unipress

www.v-r.de